

Zeitschrift:	Sonos / Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen
Herausgeber:	Sonos Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen
Band:	102 (2008)
Heft:	1
Rubrik:	Soziales und Politik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Samichlaus besucht den sonos Vorstand

Nach einem langen und arbeitsintensiven Arbeitstag auf der sonos-Geschäftsstelle ist für den sonos-Vorstand mit der Behandlung des letzten traktandierten Geschäftes im auslaufenden Jahr nicht Feierabend. Der Vorstand staunt am Mittwoch, 5. Dezember 2007, nicht schlecht, als plötzlich und völlig unverhofft der Samichlaus mit leisem Klingeln seines Glöckleins sein Kommen ankündigt. Der wohlverdiente Weihnachtsapéro und die angeregten Gespräche werden abrupt unterbrochen.

Eines sei gleich vorweggenommen. Der Samichlaus braucht seine „Fitze“ nicht. Aber sein dickes Buch lässt erahnen, dass es Vieles über die Vorstandsmitglieder zu berichten gibt.

Mit seiner festen und tiefen Stimme richtet sich der Samichlaus an den sonos-Vorstand.

Klar ist, dass an dieser Stelle nicht auf alle Details eingegangen werden kann, aber einige Impressionen und Anekdoten sollen hier dennoch preisgegeben werden.

Ernst Schenk, Vater von fünf Kindern, arbeitet in der Stiftung Uetendorfberg und ist als Vorstandsmitglied für die Finanzen zuständig. Als Berner Oberländer kommt er aus einem der schönsten Flecken der Schweiz und bringt mit seinem geübten Blick auf das majestätische Alpenpanorama die notwendige Ruhe, Weitsicht und Besonnenheit in die oft lebhaften Vorstandssitzungen ein.

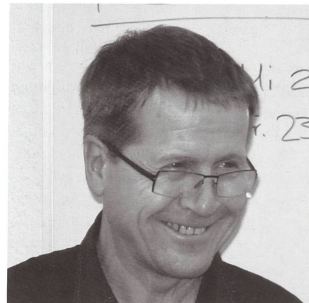
Margrith Felder, Mutter einer gehörlosen Tochter, strahlt mit ihrer Herzlichkeit, Wärme und Aufgehobenheit aus, und dies ist nicht nur für den sonos-Vorstand wichtig und gut.

Christine Bürge ist als Audiopädagogin viel mit dem Auto unterwegs. Überall besucht sie hörbehinderte Kinder und das ist nicht immer einfach. Damit sie sich nun nicht immer verfährt, hat sie sich nun ein Navigationssystem angeschafft. Die Kleinen wird's freuen. Aber auch das beste Navigationssystem schützt nicht vor zu schnellem Fahren und den drohenden Radarfallen!!



Markus Amsler ist selbst gehörlos. Es ist wichtig, dass ein Betroffener im Vorstand von sonos ist und sich aktiv für den Verein engagiert, einbringt und sich mit den vielfältigen Aufgaben auseinandersetzt. Die Mitwirkung von Markus Amsler ist ausgesprochen wertvoll. Der Vorstand schätzt es ausserordentlich, ihn im „sonos-Boot“ mit dabei zu haben.

Jan Keller ist der strategische und analytische Denker im sonos-Vorstand. Als Kenner der Szene ist er mit seinem umfassenden Wissen und seinen über sein flächendeckendes bestens funktionierendes Netzwerk ein wichtiger Mitspieler für die „sonos-Sache“. Seine Stimme hat nicht nur Gewicht, sie wird auch gehört.



Ernst Bastian, der sonos-Präsident, in seinem allerletzten Präsidialjahr. Ihm selbst - aber auch sonos - ist zu wünschen, dass Ernst Bastian an der kommenden DV im Juni 2008 die anspruchsvollen präsidialen Aufgaben in die Hände einer würdigen Nachfolgerin oder eines Nachfolgers legen darf. Ernst Bastian ist Garant von Konsensfindung. Er hat es immer wieder möglich gemacht, ganz unterschiedliche Meinungen und Ansichten „unter einen Hut“ zu bringen.

Ein gelungener Weihnachtsapéro - von Denise Müller, der Sekretariatsmitarbeiterin in der sonos-Geschäftsstelle, liebevoll organisiert. In entspannter Atmosphäre, mit einem guten Tropfen kann für einige Minuten ohne irgendwelchen Zeitdruck auch einmal über nicht Geschäftliches diskutiert und gelacht werden. Schlussendlich sind natürlich alle froh, dass der Samichlaus mit dem Vorstand und allen Mitarbeitenden der sonos-Geschäftsstelle sehr zufrieden ist.

[rr]



IV-Schuld bei der AHV soll verzinst werden

Text: Neue Zürcher Zeitung vom 10. und 11. November 2007

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates will einen neuen IV-Ausgleichsfonds schaffen - aber nicht auf Kosten der AHV. Auf diese Weise soll der Weg für eine befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer geebnet werden.



Den Grundsatzentscheid hatte die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) schon früher getroffen - nun konkretisierte sie ihre Vorstellungen über die Finanzierung der Invalidenversicherung (IV). Heute ist die IV mit rund 10 Milliarden Franken bei einem jährlichen Defizit von 1,5 Milliarden Franken im Minus. Die Schulden werden dabei über den Ausgleichsfonds von AHV und IV finanziert. Neu soll ein eigener IV-Ausgleichsfonds errichtet werden, wobei der AHV-Fonds fünf Milliarden Franken an den neuen Fonds zu entrichten hätte, wie SGK-Präsidentin Erika Forster (St. Gallen, fdp) am 9. November 2007 ausführte. Zur Deckung des strukturellen Defizits will die Kommission die Mehrwertsteuersätze während sieben Jahren erhöhen, und zwar proportional abgestuft: um 0,5 Prozent auf 8,1 Prozent beim Normalsatz, um je 0,2 Prozent auf 2,6 Prozent beim reduzierten Satz bzw. auf 3,8 Prozent bei der Hotellerie. Die Finanzierungs- und die Fonds-Vorlage sollen verknüpft werden.

Soziales und Politik

Diese Eckwerte wurden im Grundsatz bereits im August 2007 festgelegt, doch war schon damals klar, dass die Erfolgchancen geringer sein würden, falls die Sanierung der IV auf Kosten der AHV erfolgte. Diesen Bedenken hat die Kommission nun Rechnung getragen und ihre ursprünglichen Pläne in einem zentralen Punkt angepasst: Mit der Errichtung des separaten Ausgleichsfonds sollen nicht gleichzeitig die Schulden der IV zulasten der AHV getilgt und damit deren Reserven reduziert werden. Dies würde nämlich eine Aushöhlung der AHV bedeuten, sagte Christoffel Brändli (Graubünden, svp). Stattdessen soll der Verlustvortrag der IV per Ende 2009, der bis zu diesem Zeitpunkt 12 bis 15 Milliarden Franken betragen wird, als Forderung der AHV bestehen bleiben und verzinst werden. Die Zinsen sollen zu einem Drittel durch die IV und zu zwei Dritteln durch den Bund getragen werden. Die durchschnittliche jährliche Zinsbelastung beziffert die Kommission für die IV auf 122 Millionen und für den Bund auf 243 Millionen Franken.

Über die IV-Schulden soll erst zu einem späteren Zeitpunkt wieder verhandelt werden, wie Brändli sagte: In fünf Jahren werde die AHV-Finanzierung angesichts der demografischen Entwicklung ohnehin ein Thema. Zudem will die Kommission den Bundesrat damit beauftragen, bis spätestens 2012 eine Botschaft zur 6. IV-Revision vorzulegen. Die Kommission habe bei der Ausarbeitung des Kompromissvorschlages Anliegen von links und von rechts aufgenommen, um bei der seit langem blockierten IV-Zusatzfinanzierung den Weg für eine mehrheitsfähige Lösung zu ebnen, erklärte Forster. Er sehe keine Alternative zum vorgeschlagenen Konzept, sagte auch Brändli, dessen Partei sich konsequent gegen Steuererhöhungen stellt. Die Kommission stimmte der Vorlage, die in der kommenden Wintersession in den Ständerat kommt, bei zwei Absenzen ohne Gegenstimme zu.

«In Kürze»

Geld vom Staat für Tixi-Taxi?

Der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) soll nicht nur nach Fahrplan Züge, Busse und Schiffe verkehren lassen, sondern auch den individuellen Transport von Mobilitätsbehinderten unterstützen. Dies ist die Kernforderung einer Volksinitiative, die am 5. Dezember 2007 in Zürich lanciert worden ist. Federführend ist der Verein „Tixi Fahrdienst für Menschen mit einer Behinderung“. Er könne, heisst es in der Begründung zur Initiative, seinen 1983 begonnenen Dienst ohne finanzielle Unterstützung durch den Kanton Zürich längerfristig nicht aufrechterhalten. Laut Initiativtext soll der Anteil der öffentlichen Gelder an private Behindertentransportdienste höchstens 70 Prozent der Kosten des Unternehmens betragen. Ausgehend von den Tixi-Zahlen des Jahres 2006, entspräche das einem Staatsbeitrag von Fr. 585'000 pro Jahr oder 0,08 Prozent des Jahresaufwands des ZVV, rechnet der Verein vor.

Neues Rentenkonzept von Ulrich Grete

Der Verwaltungsratspräsident des AHV-Ausgleichsfonds, Ulrich Grete, kritisiert, dass die obligatorische Altersvorsorge auf zwei Systeme aufgeteilt ist. Das führe zu unnötigen Kosten, vor allem bei tiefen Einkommen. Er plädiert für die Abschaffung des Obligatoriums in der beruflichen Vorsorge, in der die Politik heute den Pensionskassen unrealistische Eckwerte vorschreibe. In einem freiwilligen System wäre das nicht mehr möglich. Im Gegenzug schlägt Grete den Ausbau der AHV vor. Die Minimalrenten für Einzelpersonen würden auf etwa 3000 Franken angehoben. Lobende Worte findet der Präsident des Ausgleichsfonds für die neue Vorlage zur IV-Zusatzfinanzierung, die auch die Abkoppelung der IV von der AHV vorsieht.

Pflegeheime kosteten 2007 knapp 7 Mia. Franken

83'000 Personen leben in der Schweiz in Alters- und Pflegeheimen, 28'000 in Behindertenheimen. 70 Prozent der Pflegeheim-Bewohner sind Frauen, eine von vier Personen ist über 90 Jahre alt. Im Schnitt bleibt eine Person 992 Tage in einem Pflegeheim. Jeder hundertste Mann und jede fünfzigste Frau im Alter von 65 bis 79 Jahren lebt in der Schweiz im Pflegeheim. Bei den über 80-Jährigen steigt die Quote auf 12 und bei den Frauen auf 22 Prozent, wie die am 10. Dezember 2007 veröffentlichte Statistik der sozialmedizinischen Institutionen 2006 zeigt. Bei den über 95-Jährigen lebt die Hälfte im Pflegeheim. Die Kosten erhöhten sich 2006 auf knapp 7 Milliarden Franken.

Psychisch Kranke oft nicht behandelt

Text: Beat Bühlmann im Tages-Anzeiger vom 23. November 2007

Ein Fünftel der Bevölkerung sucht trotz psychischer Probleme keine therapeutische Hilfe. Das führe zu mehr Suiziden und IV-Renten, sagen die Psychotherapeuten.

Laut wissenschaftlichen Untersuchungen leiden in der Schweiz etwa 25 Prozent der Bevölkerung an psychischen Störungen. Doch nur 5 Prozent begeben sich in psychiatrische oder psychotherapeutische Behandlung. Aus Sicht der Volksgesundheit müsse man deshalb „von einer eigentlichen Unterversorgung sprechen“, sagte Thomas Merki, Präsident des Schweizer Psychotherapeuten und Psychotherapeuten Verbandes (SPV), an einer Medienkonferenz in Bern. Besonders gravierend sei das Manko in den ländlichen Gebieten. „Eine Zunahme der Behandlungen ist dringend nötig“, sagt Merki.

Zehnfach höheres IV-Risiko

Laut SPV betrifft die Unterversorgung vor allem die Altersgruppe der jungen Erwachsenen (18- bis 25-jährig) sowie der älteren Personen (über 74 Jahre). Das sei umso gravierender, als Suizide bei jungen Menschen die zweithäufigste Todesursache und auch bei Rentnern verbreitet sind; jede dritte Selbsttötung in der Schweiz betrifft einen AHV-Bezüger. Selbst der markante Anstieg der psychisch begründeten IV-Renten ist laut Merki auf die Vernachlässigung dieser Krankheiten zurückzuführen. „Eine frühe Behandlung könnte den Krankheitsverlauf positiv beeinflussen.“ In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der IV-Renten aus psychischen Gründen verdoppelt. Sie machen inzwischen 37 Prozent aller Invalidenrenten aus.

„Wer als Jugendlicher an einer psychischen Erkrankung leidet, besitzt ein acht- bis zehnfach erhöhtes Risiko, im Erwerbsalter eine IV-Rente zu beziehen“, erklärte vor kurzem das Aktionsbündnis Psychische Gesundheit Schweiz, dem über 30 Fachorganisationen angehören. Alard Du Bois-Reymond, IV-Chef beim Bundesamt für Sozialversicherung, bezweifelt jedoch, dass die Zunahme der IV-Renten auf eine psychische Unterversorgung zurückzuführen ist. Man müsse im Gegenteil davon wegkommen, psychische Erkrankungen am Arbeitsplatz nur aus medizinischer Sicht zu

behandeln. Stattdessen müssten die sozialen und beruflichen Faktoren stärker gewichtet werden.



Psychotherapie am Arbeitsplatz

Ob die wachsende Zahl der IV-Renten auf die Geringschätzung der psychischen Erkrankungen zurückzuführen ist, kann die Präsidentin von Pro Mente Sana, SP-Nationalrätin Pascale Bruderer, nicht sagen. Es gebe zu wenig Zahlen, um diese Kausalität zu belegen. Entscheidend sei nun, bei der Umsetzung der 5. IV-Revision die psychotherapeutische Begleitung am Arbeitsplatz zu verbessern. „Nur so kann die Wiedereingliederung gelingen.“ Das Thema psychische Gesundheit bleibt auf der Agenda der Politik. Es brauche endlich eine gesetzliche Grundlage, um die Bevölkerung besser zu schützen, fordert das Aktionsbündnis von Psychiatern und Psychotherapeuten. Obschon jedes Jahr 70'000 Menschen neu erkrankten und die Folgekosten in Milliardenhöhe lägen, bleibe der Bund passiv. Der Zürcher FDP-Ständerat Felix Gutzwiller stösst ins gleiche Horn. Mit einer Motion fordert er den Bundesrat auf, innert zwei Jahren konkrete Massnahmen zu ergreifen, welche die psychische Gesundheit der Bevölkerung rasch und nachhaltig verbessere.

In Grundversicherung aufnehmen

Laut Psychotherapeuten-Verband droht jedoch ein „Versorgungsengpasse“, weil es immer weniger Psychiater gebe. Nur 8 Prozent von ihnen seien jünger als 40 Jahre. Der SPV fordert deshalb die Zulassung zur Grundversicherung, sodass sie direkt von den Krankenkassen bezahlt werden müssten. Das Bundesamt für Gesundheit will die Kassenpflicht aber erst prüfen, wenn das Berufsbild der Therapeuten und Psychologen im neuen Gesetz geregelt ist. Es soll 2009 vorliegen. Santésuisse wehrt sich gegen die Kostenpflicht, denn sie führe zu einem „Kostenschub“.